

„Kapieren, wozu es gute Unis braucht“

Uni. **Rektorenchefin** Sonja Hammerschmid glaubt, dass auch die Bevölkerung Druck für mehr Budget machen muss. Dass Zugangsbeschränkungen sozial selektiv sind, hält sie für einen Mythos.

VON BERNADETTE BAYRHAMMER

Die Presse: Gleich in Ihrem ersten Fernsehinterview haben Sie gesagt: Ja, Politik interessiere Sie. Ob das etwas wird, müsse man die Parteien fragen. Hat Sie schon jemand angerufen?

Sonja Hammerschmid: Nein.

Sollten Sie nicht die starke Stimme der Unis sein, statt sich für die Politik in Stellung zu bringen?

Ich habe nur auf wiederholte Fragen des Moderators geantwortet. Das war nicht von mir beabsichtigt.

Aber Sie würden grundsätzlich nicht Nein sagen.

Ich würde mir das sehr gut überlegen. Das hängt stark davon ab, wer mich fragt und welche Positionen dann vertreten werden. Aber das steht jetzt nicht zur Debatte.

Sie haben sich einmal als ideologisches Arbeiterkind bezeichnet. Würden Sie zur SPÖ ja sagen?

Wie gesagt: Ich würde mir das gut überlegen. Was das Arbeiterkind angeht: Ich bin in einer Arbeiterfamilie groß geworden, nicht mehr und nicht weniger.

Die SPÖ vertritt ja Positionen, die den Unis zum Teil nicht passen, etwa bei Uni-Zugang und Studiengebühren. Sie sind für beides.

Ich will einen geregelten Zugang in Massenstudienfächern, damit wir qualitativ gute Betreuung anbieten können. Das ist eines der Hauptziele für die nächsten zwei Jahre.

Viele fürchten, dass Schranken Studierende aus weniger privilegierten Familien benachteiligen.

Das halte ich für einen Mythos. All jene, die motiviert sind und eine entsprechende finanzielle Unterstützung seitens des Elternhauses oder Stipendien bekommen, können es schaffen.

Auch das Geld ist oft ein Problem. Unser Stipendensystem ist unterdimensioniert. Es braucht dringend ein viel umfassenderes Beihilfensystem, um diesen jungen Leuten ein Studium zu ermöglichen.

An welche Fächer denken Sie für neue Zugangsbeschränkungen?

Das wissen die Unis selbst am besten. Man muss schauen, wie viele



Sonja Hammerschmid (47) tritt am 1. Jänner ihr Amt als Chefin der **Universitätenkonferenz** an. Seit 2010 Rektorin der Veterinärmedizinischen Uni Wien, war sie die zweite Frau an der Spitze einer österreichischen Uni. Wie der Wissenschaftsminister stammt die Molekularbiologin aus dem Mühlviertel.

[Paar]

Studenten qualitativ ausgebildet werden können. Daran muss man sich orientieren – außer es bricht der große Geldregen aus. Selbst wenn man die Kapazitäten ausbauen will, dauert es: Die Lehrenden fallen ja nicht vom Himmel.

Warum wollen Sie nicht in allen Fächern eine Regelung? So wird es wieder ein Fleckerlteppich.

Man muss dorthin greifen, wo die Not am größten ist. Und das ist in den Massenfächern der Fall. Bei allen anderen muss man natürlich auch Kapazitäten evaluieren und schauen, ob das passt.

Oder ob es etwas nicht braucht?

Man muss auch den Mut haben, etwas einzustellen. Aber das muss man sich sehr genau anschauen, das geht nicht von heute auf morgen. Zu konkreten Bereichen sage ich deshalb auch nichts.

Auch nicht an Ihrer eigenen Uni?

Es gibt kaum eine Uni, die so ein scharfes Profil hat, wie eine medizinische Universität.

Sie drängen auf die Studienplatzfinanzierung, bei der es pro Studierenden eine gewisse Summe gibt. Ihr Vizepräsident, Oliver Vi-

touch, erkennt nicht einmal den Ansatz eines Pfades. Sie schon?

Das Konzept muss man wiederbeleben. Ich glaube, dass wir Druck darauf bringen können, dass es ab 2019 die nötige Budgetumschichtung gibt, wenn wir vor den Vorhang holen, was wir leisten.

Ich wage zu bezweifeln, dass es nur daran liegt, dass die Politik nicht weiß, was Unis leisten.

Wir müssen die Politik an ihre eigenen Beschlüsse erinnern. Und ich glaube an den Druck aus der Bevölkerung. Solange die Österreicher nicht kapieren, warum sie gute Unis brauchen, wird nicht mehr darauf geachtet, weil immer andere Themen wichtiger sind.

Wer ist denn schuld am Wahrnehmungsproblem der Unis?

Das ist sicher auch von den Unis jahrzehntlang verabsäumt worden. Ich sehe das als unsere Hausaufgabe. Dass auch unsere Wissenschaftler der Gesellschaft kommunizieren, was wir tun und warum. Und viele tun das auch schon.

Provokant könnte man sagen: Neben forschen und Geld einwerben müssen die Forscher jetzt Werbung für die Uni machen.

Es ist Steuergeld, und es sind auch ihre Gehälter. Wie in jedem Job muss man dafür sorgen, dass gesehen wird, was geleistet wird.

Wie enttäuscht waren Sie über die Summe, die die Unis für die kommenden drei Jahre kriegen?

Es ist ein Budget, das uns leben lässt, aber keine Entwicklung ermöglicht. Es war sicher ein Kraftakt unseres Herrn Wissenschaftsministers, die 615 Millionen Euro unter diesen Rahmenbedingungen herauszuholen. Das rechne ich ihm auch sehr hoch an. In Zukunft erwarte ich mir aber schon ein deutliches Zeichen für die Unis.

Ihr Vorgänger Heinrich Schmidinger meinte, er hätte wohl lauter sein müssen. Sind Sie das?

Ich werde zumindest kämpfen.

Er hat auch die fehlende Solidarität zwischen den 21 Unis beklagt. Wie schwierig wird das?

Ich finde, wir haben da einen großen Schritt nach vorne gemacht, ich habe die Uni schon ganz anders erlebt. Man muss intensiv kommunizieren und die 21 Unis auf die gemeinsamen Ziele einschwören. Das ist nicht ganz trivial, aber ich halte es für machbar.

Noch nie gab es mehr Studierende als jetzt

Statistik. Die Zahl der **Studierenden** an Österreichs Hochschulen ist erneut moderat gewachsen. An **öffentlichen Unis** und Fachhochschulen sind insgesamt 357.000 Studierende eingeschrieben. Das am häufigsten gewählte Studium bleibt Jus.

Wien. Die Zahl der Studierenden an den öffentlichen Universitäten ist heuer erneut moderat gewachsen: Im laufenden Wintersemester sind laut Daten des Wissenschaftsministeriums 308.664 Studierende – und damit um 1,5 Prozent mehr als im Vorjahr – inskribiert. An den Fachhochschulen studieren 48.055 Personen. Das entspricht einem Plus von 5,2 Prozent.

Der Zuwachs bei der Gesamtstudierendenzahl an den Universitäten entspricht dabei praktisch genau jenem des Vorjahres, als erstmals die 300.000er-Grenze durchbrochen wurde. Auch die Zahl der Studienanfänger hat zugenommen: Insgesamt wurden im heurigen Wintersemester 45.057 Personen erstmalig zum Studium zugelassen (plus 2,1 Prozent).

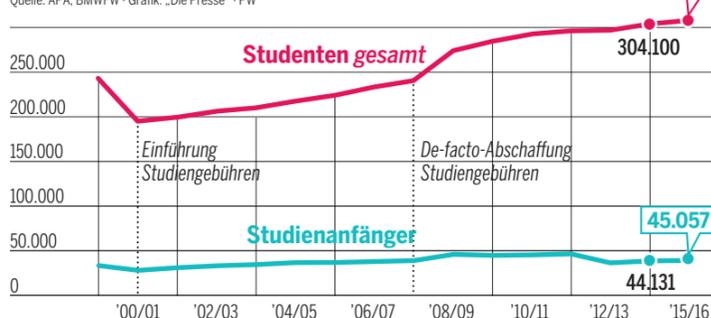
Dabei zeigt sich eine Diskrepanz zwischen ordentlichen und außerordentlichen Studienanfängern (Letztere besuchen nur ein-

zelne Lehrveranstaltungen): Während die Zahl der ordentlichen Studierenden gegenüber dem Vorjahr praktisch stagnierte, nahm jene der außerordentlichen stark zu (plus 16,6 Prozent auf 7755). Das führt man im Ministerium vor allem auf die Flüchtlingsinitiative „More“ der **Universitätenkonferenz** zurück.

Die höchsten Zuwächse bei den ordentlichen Neuzugelassenen verzeichnete das Mozarteum Salzburg mit plus 20 Prozent. Ebenfalls starke Zunahmen gab es an der Medizin-Uni Graz (15 Prozent), der Wirtschaftsuniversität (14 Prozent), der Kunstuni Linz (14 Prozent) und der Kunstuni Graz (zwölf Prozent).

Studenten an Universitäten

Quelle: APA, BMWFV - Grafik: „Die Presse“ - PW



Ex-Rektor für Kontrolle bei Abberufungen

VwGH kippt die Abberufung von Heinrich C. Mayr. Er will Änderung des Uni-Gesetzes.

Klagenfurt. Nachdem der Verwaltungsgerichtshof die Abberufung des Klagenfurter **Ex-Rektors** Heinrich C. Mayr gekippt hat, fordert dieser Reformen bei Abberufungsverfahren. Dass der Uni-Rat im Alleingang – also auch ohne Zustimmung des Senats – ein Rektoratsmitglied abberufen kann, berge die Gefahr der Subjektivität, sagt Mayr im Gespräch mit der „Presse“.

„Das muss anders konstruiert werden: Natürlich muss der Uni-Rat Maßnahmen ergreifen können, wenn er mit dem Rektor nicht zurechtkommt“, sagt er. „Aber es braucht eine rechtliche Instanz, damit das nicht wie in meinem Fall rechtswidrig verläuft.“ Sonst sei der Uni-Rat nämlich gleichzeitig „Kläger, Ermittler und Richter“. Mayr fordert, dass bei der nächsten Novellierung des Uni-Gesetzes ein Weg gefunden wird, um das zu ändern. Er könnte sich vorstellen, dass es schon vor einer Abberufung durch den Uni-Rat eine Kontrolle durch einen Verfahrensrichter gibt.

Mayr war nach einem länger andauernden Konflikt vom Uni-Rat im April 2012, zwei Jahre vor dem Ende der Funktionsperiode, abberufen worden. Entzündet hatte sich die Auseinandersetzung um die richtige Führung der Uni an der von Mayr betriebenen Errichtung eines Freizeitzentrums für Uni-Angehörige. Der Verwaltungsgerichtshof hat die Abberufung vor fünf Wochen wegen Verfahrensmängeln aufgehoben.

Mayr will Gehaltsdifferenz

Mayr – der seit der Abberufung wie zuvor an der Uni Klagenfurt als Informatikprofessor tätig ist – erwartet nun die Gehaltsdifferenz zwischen dem Rektoreneinkommen und dem Professoreneinkommen. Die Universität hat entsprechende Rückstellungen gebildet. Aus dem Uni-Rat – der inzwischen neu zusammengesetzt ist – heißt es gegenüber der „Presse“, man sei mit Mayr im Gespräch und versuche, so bald wie möglich zu einer einvernehmlichen Lösung zu kommen. (beba)

Forschungsfonds sucht neue Spitze

Pascale Ehrenfreund verließ den Wissenschaftsfonds.

Wien. Der Wissenschaftsfonds FWF sucht einen neuen Präsidenten. Die bisherige Präsidentin Pascale Ehrenfreund wechselte im Sommer als Vorstandschefin ans Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt. Seither steht Vizepräsidentin Christine Mannhalter interimistisch an der FWF-Spitze.

Als Voraussetzungen für das Amt werden in der Ausschreibung unter anderem ein „herorragender internationaler Ruf als Forscherin/Forscher und breiter wissenschaftlicher Überblick“, „Erfahrung und Kompetenz in der Wissenschaftspolitik“ sowie „Dialogfähigkeit und Verhandlungsgeschick“ genannt. Die Bewerbungsfrist läuft bis 29. Februar. Für den 21. April ist dann ein Hearing vor der FWF-Delegiertenversammlung angesetzt. Amtsantritt ist spätestens am 1. September 2016. (APA)